

Gemeinsames Kommuniqué der von Fluglärm und Bahnlärm betroffenen Menschen und Kommunen zur Bundestagswahl 2013

Wir fordern den Deutschen Bundestag und die im Bundestag vertretenen Parteien auf:

1. Ähnlich wie bei der Energiewende auch beim Verkehr einen Paradigmenwechsel einzuleiten:
 - a. Die Allgemeingüter wie Luft, Wasser, Land und Ruhe zu schützen und den Verbrauch von fossilen Energien und Rohstoffen weiter zu reduzieren.
 - b. Verkehrslärmbelastungen als Gesamtlärmbelastungen zu ermitteln und zu bekämpfen und die in diesem Zusammenhang von der EU geforderten Lärmaktionspläne schnellsten umzusetzen.
 - c. Die Kosten für Verkehr bei den Verursachern anzusiedeln.
 - d. Im Bundesverkehrswegeplan den Infrastruktur-Bedarf der Volkswirtschaft und die ökologische Erneuerung im Personen- und Güterverkehr über die wirtschaftlichen Bau- und Transport-Interessen einzelner Gruppen und Konzerne zu stellen.
 - e. Grenzenloses Wachstum und die damit verbundene grenzenlose Ausweitung des Verkehrs durch ein qualifiziertes Wachstum für eine nachhaltige Umwelt- und Verkehrspolitik abzulösen.
 - f. Verkehrs- und Wirtschaftskreisläufe als europäische Lösung auch über die Landesgrenzen hinaus zu regionalisieren.
 - g. Die Kommunen als Lebensräume vor gesundheitsschädigenden Immissionen und vor Unfall-Gefahren zu schützen.
 - h. Den Schutz der Gesundheit und der Sicherheit gesetzlich über wirtschaftliche Interessen zu stellen.
2. Die Kausalität von Lärm und Krankheit anzuerkennen und damit menschliches Leben vor gesundheitsschädigenden Lärmbelastungen zu schützen.
3. Den aktuellen Stand des Wissens und der Technik bei der Lärm- und Schadstoff-Ermittlung, -Bewertung, -Grenzwertefestlegung und -Überwachung in das Immissionsschutzrecht zu übernehmen (z. B. Einbeziehung der Maximalpegel).

4. Den Anspruch der Menschen auf Nachtruhe in der Zeit von 22:00 – 6:00 Uhr im Gesetz zu verankern und einheitlich als einklagbaren Schutzanspruch gesetzlich zu regeln.
5. Die Lärmsanierung von Bahntrassen sowie des Fuhrparks sämtlicher Betreiber innerhalb von 5 Jahren abzuschließen und entsprechend das Grenzwerteniveau an die jeweils aktualisierten Vorsorgewerte anzupassen.
6. Die Mittel für die Lärmsanierung an Verkehrswegen entsprechend zu erhöhen.
7. Eine Informationspflicht gegenüber der Öffentlichkeit zur Lärmentwicklung allen Projekten aufzuerlegen einschließlich der dadurch bedingten Auswirkungen auf andere Verkehrsbereiche und Regionen.
8. Eine frühe, faire und wirksame Bürgerbeteiligung vorzusehen.

Boppard, den 22. Nov. 2012

Frank Gross – Pro Rheintal e.V.

Karin Gross – Pro Rheintal e.V.

Thomas Dausner – Pro Rheintal e.V.

Dieter Metzger – Pro Rheintal e.V.

Dietrich Elsner – AK Fluglärm Mainz-Lerchenberg

Wilhelm Pfeiffer, BI Fluglärm Mainz-Weisenau

Christine Jacobs, Initiative gegen Fluglärm in Reinhessen e.V.

Kerstin Roenspieß, Initiative gegen Fluglärm in Reinhessen e.V.

Erich Schneider – IG gegen Bahnlärm Leutesdorf e.V.

Werner Ockenfels – IG gegen Bahnlärm Leutesdorf e.V.

Ewald A. Hoppen – BIN gegen Bahnlärm VG Linz e.V.

Karl-Heinz Jansen – IG BISS, Emmerich

Petra Jansen – IG BISS, Emmerich

Karl-Heinz Denstorf – IG BISS, Emmerich

Johannes Baumgärtner – IGEL e.V./IG BOHR

Dr. Klaus Gump – IGEL e.V./IG BOHR

Herbert Meyer – BI Bahntrasse e.V./IG BOHR

Ewald Thoma – AGVL Stuttgart/Leonberg

Walter Ruffler – Bahnlärm-Initiative Bremen

Rainer Böhle – Bahnlärm-Initiative Bremen

Christina Raschke – Bahnlärm-Initiative Bremen

Christian Röhlig – IBO Oldenburg

E. Röhlig – IBO Oldenburg

Weitere Infos unter:

Pro Rheintal e. V. Bürgernetzwerk

Tel. 06742 801069-0

Fax 06742 801069-1

E-Mail: info@pro-rheintal.de

www.pro-rheintal.de